

„Political Correctness“ als rechter Kampfbegriff¹

Bente Gießelmann

„Stattdessen wollen Europas regierende Klassen die politische Redefreiheit einschränken. Politiker, die unangenehme Wahrheiten über sittliche Werte, den Islam oder Migration ansprechen, sollen vor den Richter gezerrt werden. Political Correctness setzt Tabus durch, die jede Herausforderung des Status quo als völlig inakzeptabel erscheinen lassen.“

(Pariser Erklärung o.J.; ca. 2017, Punkt 16)

„Das politisch-korrekte Gutmenschentum gibt jedoch unser Grundgesetz auf und akzeptiert – wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik – Formen von Unterdrückung, Gewalt, Enteignung und Überwachung, wenn sie bloß im Gewand fremder Ethnien und fremder Religionen daherkommen. [...] Es scheint uns wichtiger als je zuvor, Tabuthemen aufzugreifen und Informationen zu vermitteln, die dem subtilen Diktat der politischen Korrektheit widersprechen.“ (PI online o.J.)

Überblick: Die Verwendung des Begriffes „Political Correctness“

Die Begriffe ‚Political Correctness‘ (‚politische Korrektheit‘), ‚politically correct‘ (‚politisch korrekt‘) oder kurz ‚PC‘ sind nicht nur Kampfbegriffe (zur Definition von ‚Kampfbegriffen‘ vgl. Gießelmann et al. 2019) der extremen Rechten, sondern spätestens seit den 1990er Jahren Bestandteil der deutschsprachigen Medienlandschaft sowie des alltäglichen Sprachgebrauchs. Vornehmlich konservative und rechte Stimmen versuchen, diese allgemeine, breit geführte Debatte um ‚Political Correctness‘ mit rechten Inhalten zu besetzen. Sie mahnen vor der ‚Meinungsdiktatur‘ der ‚Political Correctness‘, durch die eine ‚Sprach- und Denkregelung‘ in Deutschland eingeführt werden sollte. Der Vorwurf einer ‚politisch korrekten Meinungszensur‘ wird häufig in der Diskussion um Migration, Gleichberechtigung von Frauen und Verhandlungen deutscher (Herrschafts-) Geschichte ausgesprochen. Vorstellungen einer ‚Sprachpolizei‘ und eines ‚Gesinnungsterrors‘ von Feminismus und ‚Multikulti‘ werden als machtvolleres Werk von ‚Gutmenschen‘ dargestellt und zur Gefahr einer sprachlichen (und ‚ideologischen‘) Diktatur stilisiert. Unter dem Vorwand der Meinungsfreiheit versucht die extreme Rechte, sich selbst als ‚Opfer‘ des ‚Meinungsterrors‘ zu inszenieren und extrem rechte Inhalte als vermeintliche Tabubrüche und Nennungen der Wahrheit im gesellschaftlichen Diskurs stark zu machen.

Der Begriff ‚politically correct‘ bezeichnete ab den 1970er Jahren in den USA Forderungen nach diskriminierungsfreiem Sprachgebrauch und sensibler Sprachpolitik und thematisierte den Zusammenhang von Sprache und Gewalt. Seit den 1990er Jahren, in den USA bereits durch die politische Rechte als Chiffre der Ablehnung antidiskriminatorischer Kämpfe besetzt, dient er im deutschsprachigen Diskurs als negativ konnotierte Fremdbezeichnung zur Diffamierung (emanzipatorischer) politischer Positionen: Der Anspruch des bewussten Umgangs mit Sprache wird überlagert vom Vorwurf der

‚Zensur‘ und als bloße ‚Sprachkorrektur‘ abgetan. Der allgemeine Diskurs um ‚PC‘ ermöglicht extrem rechten Positionen, Raum in öffentlichen Diskursen zu beanspruchen, indem unter Verweis auf die Meinungsfreiheit rassistische und nationalistische Positionen transportiert werden. Mit der seit 2015 bestehenden Debatte um Zuwanderung und Migration sind auch rechte Inszenierungen gegen ‚PC‘ nochmals umfassender in gesellschaftlichen Diskursen präsent geworden. Als Beitrag im „Handwörterbuch rechts-extremer Kampfbegriffe“ (Gießelmann/Kerst/Richterich/Suermann/Virchow 2019) versucht dieser Text, die Verwendung des Begriffes „Political Correctness“ ausgehend von der extremen Rechten zu analysieren und zu zeigen, wie er extrem rechte Deutungen vermittelt und in gesellschaftlichen Diskursen anschlussfähig ist.

„Political Correctness“ als Kampfbegriff der extremen Rechten

‚Political Correctness‘ ist als Schlagwort und Anknüpfungsmoment an gesellschaftliche Diskurse für die extreme Rechte derart wichtig, dass der größte deutsche islamfeindliche Blog sich *Politically Incorrect* (PI) nennt (das österreichische Pendant heißt *unzensuriert.at*) und auf das „politisch inkorrekte Wörterbuch“ (piwords online o.J.) verlinkt – und damit namentlich eine Gegenposition zu ‚PC‘ betont. ‚Political Correctness‘ wird als Kampfbegriff in allen Strömungen und Medien der extremen Rechten, von der Kolumne der neonazistischen NPD-Zeitung *Deutsche Stimme* (DS) über die rechtskonservative *Junge Freiheit* (JF) bis zum rechtspopulistischen Blog PI, in synonyme Weise verwendet. Auch neurechte Gruppierungen wie die ‚Identitäre Bewegung‘ (IB) oder Parteien wie die AfD machen sich den bestehenden Diskurs zunutze und bestärken ihn, indem sie (extrem) rechte Inhalte als Leuchttürme der Meinungsfreiheit gegen die ‚Gesinnungsdiktatur‘ inszenieren. Gerade bei öffentlich stärker wahrgenommenen Akteur_innen wie der AfD und ihrem über Social Media forcierten Kampf um Deutungsmacht über gesellschaftsrelevante Themen wird der Vorwurf der ‚Political Correctness‘ zunehmend als Immunisierungsstrategie gegen Kritik verwendet, indem die vielgestaltige Kritik an völkischen Positionen als ‚PC‘ karikiert und diffamiert wird.

Die Verwendung von Sprache ist umkämpft, weil Sprache gesellschaftliche Vorstellungen und Hierarchien ausdrückt und tradiert. Sie transportiert und konserviert negative Assoziationen zu Personen oder Gruppen, Logiken der Ungleichheit und gewaltvolle Denkmuster und schafft damit nicht nur symbolisch ein Klima, in dem Menschen abgewertet werden. Dem Bemühen um eine diskriminierungsfreie Sprache geht es nicht um administrative Sprachregelungen, sondern um die Bewusstmachung, dass Sprache Vorstellungen verfestigt und damit Denken und Handeln prägt. Extrem rechte Argumentationen beruhen dabei auf einer Verdrehung von (Macht-)Verhältnissen. Die extreme Rechte stellt nicht die Existenz und Verwendung diskriminierender Sprache, sondern den Kampf dagegen als Gewalt dar. Auch die Inszenierung der eigenen Position als ‚Opfer‘ der ‚Political Correctness‘ beruht auf einer Umkehr politischer Verhältnisse und ermöglicht, rechte diskursive Strategien als ‚Verteidigung‘ in einer ‚Krise der Meinungsfreiheit‘ zu behaupten.

Themen, „über die man ja wohl noch reden darf“

Obwohl von der extremen Rechten ein weitreichendes Denk- und Sprachverbot diagnostiziert wird, konzentrieren sich die Debatten um ‚Political Correctness‘ und vermeintliche (sprachliche) Zensur hauptsächlich auf die vier Themenbereiche Einwanderung, Sicherheit, Geschlecht/Gleichberechtigung sowie die deutsche Geschichte. Zu diesen Themen würden aufgrund der ‚Political Correctness‘ bestimmte politische Positionen tabuisiert sowie gesellschaftliche Probleme bewusst verschleiert. Dennoch schreibt und spricht die extreme Rechte vielfach dazu, oft mit der Begründung, diese ‚Political Correctness‘ zu übertreten und tabuisierte ‚Wahrheiten‘ zu benennen. Der Diskurs um ‚PC‘ dient hier konkret dazu, diskriminierendes Sprechen und die dahinterstehenden Ressentiments zu rechtfertigen und zu konservieren.

Dies geschieht erstens im Diskurs um Zuwanderung, Migration und Rassismus. Vermeintlich entgegen einer ‚Political Correctness‘ beschreiben rechte Akteur_innen Zuwanderung als Islamisierung und ‚Überfremdung‘ (vgl. die Einträge zu „Islamisierung“ und „Umvolkung“ in Gießelmann et al. 2019) und versuchen damit, eine rassistische Deutungshoheit im Themenfeld Migration zu erlangen. Im Namen der Meinungsfreiheit und der ‚Tradition deutscher Sprache‘ werden zudem Eigenbezeichnungen von Menschen wie beispielsweise Roma und Sinti oder Afrodeutsche verweigert. Vornehmlich rechte Medien beharren auf rassistischen Fremdbezeichnungen, oder sie erfinden neue, ironisierte Begriffe (beispielsweise ‚vollpigmentiert‘ oder ‚Rotationseuropäer‘), die das Anliegen nichtdiskriminierender Bezeichnungen lächerlich machen und den rassistischen Gehalt weiterhin transportieren. Der Versuch, rassistische Bezeichnungen (wieder) salonfähig zu machen, degradiert antirassistische Forderungen zu bloßer ‚Sprachkosmetik‘ beziehungsweise zur ‚Verschleierungstaktik‘. Im rechten Diskurs um Sicherheit, der stark mit dem Thema Migration verbunden wird, wird zudem behauptet, ‚PC‘ verschleierte Kriminalstatistiken, lenke von ‚Ausländerkriminalität‘ ab und verdecke Straftaten (vgl. dazu die Einträge zu „Lügenpresse“ und „Flüchtling“ in Gießelmann et al. 2019).

Ein weiterer zentraler Themenkomplex, den die extreme Rechte als ‚politisch korrekt‘ vereinnahmt darstellt, ist der Zusammenhang von gender, Gleichberechtigung und geschlechtersensibler Sprache. Geschlechtersensible Schreibweisen, die durch das Binnen-I oder durch den Unterstrich männliche, weibliche und andere Geschlechtsidentitäten sichtbar machen wollen, werden als ‚politisch korrekte Hysterie‘ bezeichnet: „Gutmenschen mögen Genderdeutsch. [...] Eigentlich sind die Gutmenschen jedoch Gegner der Biologie, denn die Unterschiede, die jene schafft, wollen sie am liebsten abschaffen.“ (JF online 2014) Wie beim Thema Migration werden Selbstbezeichnungen ignoriert und abwertend-sarkastisch behandelt, beispielsweise transsexuelle Menschen mit dem Begriff „Geschlechtsverwirrte“ (unzensuriert.at online 2014). Abseits von Delegitimierungen durch den expliziten Vorwurf der ‚Political Correctness‘ werden beispielsweise auf dem Blog *unzensuriert.at* feministische Themen, Gleichstellungsanliegen oder Geschlechtervielfalt mit dem Schlagwort ‚Political Correctness‘ versehen. Das bedeutet, dass sie abgesehen von den antifeministischen und sexistischen Positionen der extremen Rechten mit dem Verweis auf ‚PC‘ als unberechtigt, übertrieben oder bedrohlich verworfen werden sollen‘ (siehe Eintrag „Gender-Ideologie“ in Gießelmann et al. 2019).

Ein dritter Themenbereich ist die nationalsozialistische Vergangenheit, ihr Nachleben sowie die Auseinandersetzung mit Geschichtsbildern und Kriegsschuld. Die ‚Diktatur der Gutmenschen‘ verhindere mit der ‚Nazikeule‘, über den Krieg der Alliierten oder das ‚Leid der Deutschen‘ zu sprechen. Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland forderte 2017 einen Schlussstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit und „das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“ (ZEIT online 2017). Durch den deutschen ‚Schuld-Kult‘ (vgl. auch „Schuld-Kult“ in Gießelmann et al. 2019) und die ‚Political Correctness‘ hätten sich die etablierten Kräfte stillschweigend auf ein Geschichtsbild geeinigt (vgl. JF online 2009), wogegen rechte Geschichtsdeutungen zu etablieren versucht werden: Karlheinz Weißmann vom *Institut für Staatspolitik* (IfS) veröffentlichte ein auflagenstarkes „patriotisches“ Buch der „Deutsche[n] Geschichte für junge Leser“ – in „fairer Gewichtung der Licht- und Schattenseiten“ (JF online 2015) – und das rechte Magazin *Compact* bewirbt das Buch eines ehemaligen hochrangigen Offiziers der Bundeswehr „1939. Der Krieg, der viele Väter hatte“ (Gerd Schultze-Rhonhof 2003) als „beste Medizin gegen antideutsche Geschichtsmymen“ (COMPACT online 2018).

Für die extreme Rechte ermöglicht ‚Political Correctness‘ als Kampfbegriff, das Anliegen von Sprachsensibilität als bloße ‚Sprachkorrektur‘ und Positionen politischer Gegner_innen als Zensurforderung darzustellen und sich selbst damit automatisch auf der Seite der ‚Wahrheit‘ und des ‚Kampfes gegen Unterdrückung‘ zu inszenieren. In den letzten Jahren ist eine Verschiebung zu beobachten, in der zunehmend durch (extrem) rechte Akteur_innen nicht nur sprachpolitische Anliegen, sondern vielfältige Positionen, ‚das Establishment‘ sowie letztendlich ein gesamtgesellschaftlicher Zustand als ‚PC‘ markiert werden. Andersherum wird die Kritik an rechten Inhalten umgehend mit dem pauschalen Vorwurf der Zensur der Meinungsfreiheit abgewehrt. Mit dieser Strategie wird eine inhaltliche Auseinandersetzung gemieden, da die Akteur_innen sonst offen zu diskriminierenden Positionen stehen müssten. Zugleich erscheinen ihre vermeintlich verbotenen Positionen als ‚wahrhaftig‘:

Medien stellen den wichtigsten Schauplatz der Konstruktion von und Auseinandersetzung zu ‚PC‘ dar. Neurechte Medien wie die *Blaue Narzisse* oder PI behaupten von sich, „Political Correctness und Denkverbote“ (Blaue Narzisse 2010) eine unabhängige, ‚wahre‘ Berichterstattung entgegenzusetzen. PI schreibt in den Leitlinien, „[d]ie politische Korrektheit und das Gutmenschentum dominieren heute überall die Medien“ (PI online o.J.) und leitet daraus den Anspruch ab, ‚Tabuthemen‘ aufzugreifen und ‚politisch inkorrekte Wahrheiten‘ zu verbreiten. Dabei geht es neben der Rehabilitierung oder Beibehaltung von Begriffen gleichzeitig um die Konservierung der dahinterstehenden Inhalte und Ressentiments. Auch der völkische Flügel der AfD beruft sich auf ein heroisch anmutendes Selbstbild: „Das GEZ-gebührenfinanzierte Staatsfernsehen markiert uns als Gegner, weil wir sagen, was nicht gesagt werden soll. Die politische Korrektheit liegt wie Mehltau auf unserem Land. Die AfD ist der Garant für die freie Rede und die schonungslose, ehrliche Analyse der Lage.“ (Der Flügel o.J.; ca. 2015) Die IB wirbt mit einer „patriotischen App“ dafür, sich zu vernetzen und die „Firewall der Political Correctness zu zerschlagen“ (Sellner 2017). Mit dem Diskurs gegen ‚PC‘ werden rechtsextreme Interpretationen und Begriffe stark gemacht, indem sie als ‚Akte der Zivilcourage‘ und engagierte Tabubrüche gegenüber der ‚Lügenpresse‘ (siehe Eintrag in Gießelmann et al. 2019) dargestellt werden. „Eine wesentliche Funktion des Dis-

kurses scheint die Möglichkeit zu sein, antifeministische, rassistische, antisemitische und andere diskriminierende Äußerungen wieder tätigen zu können, ohne dabei wesentliche Sanktionen befürchten zu müssen.“ (Auer 2002, 297)

Um die einzelnen Themenbereiche in dieser Weise zu besetzen, etabliert die extreme Rechte einen übergeordneten Diskurs (im Folgenden Anti-PC-Diskurs genannt), in dem die Funktionsweise von ‚Political Correctness‘ durch mehrere diskursive Bausteine ermöglicht wird.

Feindbilder und Funktionsweisen

Das behauptete Szenario der ‚Political Correctness‘ wird mit Metaphern, die umfassende Kontrolle und Gewalt ausdrücken sollen, skizziert, beispielsweise die „zwangsverordnete geistige Diktatur“ oder „der blanke Terror“ (Zur Zeit 2016). Die AfD diagnostiziert in ihrem Grundsatzprogramm eine „gesellschaftsschädigende Politische Korrektheit“ und ein „Meinungsdiktat in allen gesellschaftlichen Diskursen“ (AfD online 2018, 20). Das rechtskonservative Wochenblatt JF mahnt, die „Erzieher der Nation“ würden „Tatsachen verdrehen“ und eine „gleichgeschaltete PC-Gesellschaft“ (JF online 2013) etablieren. ‚Political Correctness‘ sei die „Sprache des Vierten Reiches“ (JF online 2010), durchgesetzt von der „Sprachpolizei“ (JF online 2018). Der Diskurs um ‚Political Correctness‘ versucht, eine an ‚PC‘ orientierte Praxis identifizierbar zu machen und verwendet dabei Denkbilder, die diktatorische, ethische oder religiöse Metaphern bemühen. Begriffe wie ‚Zensur‘, ‚Hetze‘, ‚Inquisition‘, ‚Kodex‘, ‚Blockwartssystem‘ oder ‚Gedankenpolizei‘ (vgl. Auer 2002, 295) forcieren teilweise Vergleiche mit totalitären Praxen oder Systemen. Sie versuchen, ein Bild von ‚PC‘ als Bedrohung zu schaffen, die der Gesellschaft von oben eine neue Sprache und ein neues Denken aufzwingt. Oftmals illustriert die extreme Rechte mit Bezug auf George Orwells Roman „1984“ ein sich angeblich in der Umsetzung befindliches ‚Neusprech‘. In verschwörungstheoretischer Logik werden hinter ‚PC‘ „Tugendwächter“ (JF online 2018) und ‚Gutmenschen‘ als deren vermeintliche Akteur_innen vermutet.

Ebenso wie ‚Political Correctness‘ wird ‚Gutmensch‘ mangels einer real existierenden Gruppe oder Institution in Deutschland oder Österreich, die sich selbst so bezeichnet, ausschließlich als Fremdzuschreibung benutzt – wer ‚PC‘ und ‚Gutmensch‘ ist, bestimmen ihre Gegner_innen. ‚Gutmenschen‘ gelten nicht nur als gutgläubige, naive Akteur_innen der ‚Political Correctness‘; „[i]hnen wird darüber hinaus eine machtvolle Position zugeschrieben. Sie mache es möglich, dass durch ihre Ignoranz die degenerierenden und zersetzenden Effekte für die Gesellschaft überhaupt erst zur Gefahr würden“ (Hanisch/Jäger 2011). ‚Gutmensch‘, als inhaltlich ebenso entleerter Begriff wie ‚PC‘, ist ein diskursstrategisches Schlagwort, welches so bezeichnete Personen und alles, was mit ihnen zusammenhängt, disqualifiziert (vgl. Diederichsen 1996, 116).

Statt inhaltlicher Auseinandersetzung wird der Blick auf die ‚Moralität‘ und ‚lustfeindliche Haltung‘ der ‚Gutmenschen‘ gelenkt: „Mit dem Vorwurf ‚politischer Korrektheit‘ wird [...] in der Vokabel ‚Korrektheit‘ eine Spießbürgerlichkeit unterstellt, deren Erwähnung auf emotionale Parteilichkeit im Sinne von Gegenwehr zielt – dies ist die unmittelbare rhetorische Funktion des Anti-PC-Diskurses.“ (Kemper 2014, 159) ‚Political Correctness‘ ist klar negativ konnotiert und soll bei Leser_innen und Hörer_innen

eine Distanzhaltung hervorrufen. Der politische Inhalt steht nicht mehr im Vordergrund, sondern wird zur Eigenschaft einer ‚Korrektheit‘. Diese ‚Korrektheit‘ wird als Strategie einer diffusen Gruppe dargestellt und abgelehnt, womit der Inhalt zur Nebensache wird und ebenfalls ohne Argumentation abgelehnt werden kann (vgl. Kemper 2014, 151 f.).

Diese diffuse Gruppe ist in Teilen der extremen Rechten letztendlich antisemitisch bestimmt mit der Vorstellung, hinter der anonymen Macht der ‚Political Correctness‘ und den ‚Gutmenschen‘ stünden wiederum Jüd_innen beziehungsweise eine jüdische Verschwörung (vgl. Eintrag „Jude“ in Gießelmann et al. 2019). Das ‚Diktat der Political Correctness‘ sei eine gezielte Diffamierungspolitik der politischen Klasse, welche maßgeblich vom Zentralrat der Juden ausgehe (vgl. JF 35/2004, 4).

Verdrehungsstrategien

Mit dem Anti-PC-Diskurs baut die extreme Rechte ein Bedrohungsszenario der ‚Political Correctness‘ auf, das undemokratisch und unvereinbar mit dem Recht auf Meinungsfreiheit sei. Es geht dabei jedoch nicht um eine kritische Betrachtung der Meinungsfreiheit in Deutschland und ihrem Zusammenhang mit anderen Grundrechten (wie zum Beispiel dem Recht auf Nichtdiskriminierung), sondern darum, Begriffe wie ‚Meinungsfreiheit‘ und ‚Political Correctness‘ zu instrumentalisieren und damit extrem rechte Positionen zu legitimieren. Die Behauptung einer Zensur wird dazu benutzt, offensiv extrem rechte Positionen als unzensurierte ‚Wahrheiten‘ in die gesellschaftliche Debatte einzubringen: Dadurch, dass sie hauptsächlich als ‚Befreiung‘ aus der ‚Political Correctness‘ gewürdigt werden, geraten deren rassistische, sexistische und NS-relativierenden Inhalte in den Hintergrund.

Die extreme Rechte inszeniert sich gleichzeitig als ‚Betroffene‘ eines ‚Gesinnungsterrors‘: „Verstöße [gegen Sprachverbote und Sprachregelungen, d. Vf.] führen zu gesellschaftlicher Stigmatisierung, teilweise sogar zu beruflichen Nachteilen; diese Art von Umgang mit unangepassten Meinungen war in der Vergangenheit Merkmal totalitärer Staaten, aber nicht von freien Demokratien“ (AfD online 2018, 114), so heißt es im Grundsatzprogramm der AfD. Nicht selten wird eine Systematik unterstellt: „Wie auf einer Perlenkette reihen sich die Kampagnen aneinander, bei denen immer wieder einzelne Persönlichkeiten skandalisiert und wie bei einer Art Säuberung erledigt werden sollen.“ (JF 23/2004, 12) Die seitens der (extremen) Rechten strategisch geschürte Angst, nichts mehr sagen zu dürfen, wird als objektive Tatsache dargestellt. Zur Selbstinszenierung der deklarierten ‚PC‘-Gegner_innen bleibt festzuhalten: Zum einen sind diejenigen Akteur_innen, die sich durch ‚PC‘ benachteiligt sehen, überhaupt nicht marginalisiert und schlagen als Autor_innen, Politiker_innen oder Kolumnist_innen Aufmerksamkeit und finanziellen Gewinn aus der Inszenierung. Zum anderen stehen diejenigen Akteur_innen, die sich als Opfer der ‚Political Correctness‘ sehen, (wenn überhaupt) höchstwahrscheinlich wegen ihrer rassistischen, antisemitischen und sexistischen Inhalte im politischen Abseits und nicht wegen einer vermeintlichen Zensur. Dass im ‚Kampf gegen PC‘ teilweise auch strafrechtliche Gesetze (Verbot der Volksverhetzung) als „Hindernis“ angesehen werden (vgl. JF online 2018), zeigte die Debatte um rassistische Tweets der AfD-Abgeordneten Beatrix von Storch (Januar 2018) und die

Diskussion um das Netzwerkdurchsuchungsgesetz als Versuch einer gesetzlichen Grundlage für Inhalte auf Social-Media-Plattformen.

Zur Verteidigung diskriminierender Sprache wird die Entstehung von Ressentiments und Diskriminierung umgekehrt und der ‚Political Correctness‘ angelastet. Wie die Zeitschrift DS rassistische Ideologie als differenzierte Berichterstattung verkauft, steht in der Kolumne unter dem Slogan „Wie lange noch Multikulti-Neusprech?“. „In unserer neuen Kolumne ‚BRD-Alltäglich‘ gehen wir künftig – anhand aktueller Fallbeispiele – auf die tagtägliche ‚politisch korrekte‘ Sprachregelung zu Vorkommnissen ein, deren Bekanntwerden dem Establishment in Medien und Politik unangenehm sind und daher oftmals einer neuzeitlichen ‚Zensur‘ zu unterliegen scheinen, nicht zuletzt, wenn es sich um Ereignisse aus dem multikriminellen [sic!] Alltag der BRD handelt.“ (DS 01/2015) Monatlich werden unter dieser Einleitung die Polizeipressemitteilungen auf ‚Ausländerkriminalität‘ durchgeschaut und publiziert. Diese Debatte um die ‚von PC verschleierte‘ ‚Ausländerkriminalität‘ hat in der (extremen) Rechten in den letzten Jahren starken Aufwind erfahren. Durch ‚PC‘, so die DS, würde das Gegenteil einer vorurteilsfreien Berichterstattung erreicht. Die ‚Zensoren‘ „säen Mißtrauen gegen die etablierte Berichterstattung und fördern Pauschalurteile“ (ebd.).

Tatsächlich sind rassistische Ideologien die Grundlage für Vorurteile und Diskriminierung, und jene Forderungen, die als ‚politically correct‘ denunziert werden, thematisieren den Zusammenhang von Sprache und Diskriminierung. Der Deutsche Presserat vertritt einen Pressekodex, der Anhaltspunkte für Journalist_innen bieten und diskriminierende und vorurteilsfördernde Berichterstattung vermeiden soll.

Nach dem Amoklauf des norwegischen Attentäters Anders Breivik, der in seinem rassistischen Manifest einleitend auch zum Kampf gegen die ‚politische Korrektheit‘ als Ausdruck des ‚Kulturmarxismus‘ aufrief (vgl. Breivik 2011), zeigte PI Verständnis: Aufgrund der Sprechverbote der ‚Political Correctness‘ habe dieser quasi explodieren müssen (vgl. Kemper 2014, 152). In diesen Argumentationen zeigt sich eine Verdrehung des Entstehens rassistischer Vorurteile und Gewalt, die gefährliche gesellschaftliche Konsequenzen hat. Rassismus und andere Diskriminierungsformen sowie ihre tödlichen Folgen werden nicht mehr als Resultat (extrem) rechter Ideologien und gesellschaftlich weitverbreiteter Ressentiments gesehen, sondern als notwendige Befreiung aus der angeblichen Diktatur der ‚Political Correctness‘.

Zur Geschichte der „Political Correctness“

Der Begriff ‚Political Correctness‘ kommt ursprünglich aus einem emanzipatorischen Kontext und wurde einem Bedeutungswandel unterzogen, sodass er heute einen negativen Kampfbegriff darstellt (vgl. zur Geschichte Ertl 2004). „Unter ‚Political Correctness‘ wurde zunächst ein bewusster Umgang mit Sprache verstanden, der Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse sichtbar und kritisierbar machen kann. Dieses Ansinnen ging stark von amerikanischen Universitäten aus und wollte durch das Verbot oder die Tabuisierung bestimmter sprachlicher Wendungen dazu beitragen, Minderheiten vor Diskriminierungen zu schützen.“ (Hanisch/Jäger 2011)

Mitte der 1990er Jahre hat der Begriff schließlich, durch den Diskurs der neokonservativen Rechten im angloamerikanischen Raum bereits deutlich negativ geprägt, über

die Feuilletons der ZEIT und der FAZ (vgl. Auer 2002, 293) in der deutschsprachigen Debatte Fuß gefasst. Parallel setzte ab 1995 auf dem Buchmarkt ein Boom ein – rechts-extreme und rechtskonservative Autoren widmeten dem Thema ‚Political Correctness‘ ganze Bücher. Die extreme Rechte schloss an diesen Diskurs sehr bald an: So verbreitete die JF 1996 Aufkleber mit dem Slogan „PC Nein Danke“, und 2004 ging PI, eines der meistgelesenen islamfeindlichen Weblogs, online. Ende der 1990er war der Begriff in öffentlichen Diskursen bereits so geläufig, dass sich auch seine deutsche Übersetzung ‚politische Korrektheit‘ durchsetzte (vgl. Auer 2002, 294). In politischen und alltäglichen Diskursen wurde ‚politically correct‘ fortan als negativ konnotierte Fremdbezeichnung verwendet (vgl. Auer 2011).

Gesellschaftliche Anschlussfähigkeit

Die Ziele und Strategien des Anti-PC-Diskurses sind nicht neu, vielmehr wurden Rassismus, Antisemitismus und Sexismus von rechter Seite schon lange als ‚unterdrückte Wahrheit‘ und ‚Akt der Zivilcourage‘ zu rahmen versucht. „Neu sind hingegen die Koalitionen, die im Kampf gegen die ‚Political Correctness‘ während der letzten beiden Jahrzehnte geschmiedet wurden.“ (Auer 2011) Die Debatte um ‚Political Correctness‘ wird in Deutschland bei Weitem nicht nur in Medien der extremen Rechten geführt, sondern auch von Vertreter_innen der politischen ‚Mitte‘ aufgenommen und von rechtskonservativen Autor_innen gestützt, die zum Teil in etablierten Medien wie der FAZ, dem Focus oder der ZEIT schreiben. Der Vorwurf der ‚PC‘ wird in Debatten um Kunst, Literatur oder gesellschaftspolitische Themen mittlerweile selbstverständlich verwendet. „Zwar ist nicht jede PC-Kritik automatisch rechts, das Spektrum reicht bis weit ins liberale Lager hinein, oft wird der Begriff in ganz unpolitischer Weise verwendet. Von Anfang an aber war die abwertende Rede von der Political Correctness das Trojanische Pferd, in dem die Rechte ihr Gedankengut in die Mitte der Gesellschaft schmuggeln konnte.“ (StaaS 2017) ‚Political Correctness‘ ist damit kein exklusiver Begriff der extremen Rechten, sondern eine erfolgreiche Umsetzung rechtsextremer Diskursstrategie, da Begriff und Diskurs mittlerweile als Schlagwort verbreitet, in erster Linie jedoch konservativ und rechtsextrem gefüllt sind. Die Ablehnung einer ‚Political Correctness‘ bildet dementsprechend eine Scharnierfunktion und schafft Solidarisierungseffekte zwischen sehr unterschiedlichen politischen Spektren, die sich ansonsten voneinander abgrenzen. Oftmals werden in der Thematisierung von gesellschaftlichem Dissens, Diskussionskultur und Kritik dabei unkritisch Denkmuster und Begriffe übernommen, die die extreme Rechte derzeit massiv vorantreibt – etwa wenn der Deutsche Hochschulverband (DHV) vor ‚Political Correctness‘ und ‚Tugendterror‘ an deutschen Universitäten warnt (vgl. DHV 2017).

In Zusammenhang mit ‚Political Correctness‘ ist auch Thilo Sarrazin zu nennen, der als Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank und SPD-Mitglied das Buch „Deutschland schafft sich ab“ (Sarrazin 2010) bis 2012 über 1,5 Millionen Mal verkaufte (vgl. Handelsblatt online 2012). Sarrazin inszenierte rassistische Aussagen über vor allem muslimische Menschen und Zugewanderte und eine Abwertung ‚der Unterschicht‘ wirkmächtig als Tabubrüche. Er löste, auch mit dem Nachfolgewerk „Der neue Tugendterror“ (Sarrazin 2014), heftige Debatten aus und trug dazu bei, den Anti-PC-Diskurs

gesellschaftlich breit zu verfestigen und zu normalisieren. ‚Political Correctness‘ ist ein Begriff, der ebenso diffus wie anschlussfähig ist: Mittlerweile genügt die Nennung von ‚politisch korrekt‘ oder ‚Gutmensch‘ als konkrete Diffamierungsstrategie, weil aufgrund der negativen Konnotation und Assoziationen verstanden wird, was gemeint und wie es gemeint ist. Durch die diskursiven Verdrehungsstrategien ermöglichen sie Identifizierungen, die rechte Akteur_innen zu Opfern und Befürworter_innen sensibler Sprachpolitik oder politische Gegner_innen zu Täter_innen macht.

Zusammenfassung und Kritik

‚Political Correctness‘ als Begriff und der dazugehörige Diskurs stellen eine öffentlichkeitswirksame Strategie der extremen Rechten dar, mit der pauschal solche Positionen disqualifiziert werden sollen, die sich in unterschiedlicher Weise für gesellschaftliche Gleichberechtigung, Antidiskriminierung oder progressive Praxen einsetzen. Der Anti-PC-Diskurs richtet sich vordergründig gegen Sprachsensibilität – die Reflexion darüber, was und wie etwas/jemand gesagt oder benannt wird – und polemisiert damit gegen diskriminierungsfreie Bezeichnungen, differenzierte Berichterstattung oder nicht-stereotype Begriffe. Als ‚politically correct‘ werden im weiteren Sinne aber auch Praxen, politische Forderungen und inhaltliche Positionen disqualifiziert. Die extreme Rechte forciert dabei die Vorstellung von ‚PC‘ als systematische Unterdrückung, mit welcher sie sich selbst als ‚Opfer‘ und extrem rechte Positionen als ‚unterdrückte Wahrheit‘ inszenieren kann.

In der Sprache bilden sich gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse ab und werden reproduziert – sie bietet gleichzeitig die Chance, der gesellschaftlichen Diversität und historischen Entwicklung gerecht zu werden. Sprache hat sehr reale politische Effekte, und die Auseinandersetzung um Sprache ist ein Mittel der Auseinandersetzung mit Gesellschaft. Diese Auseinandersetzung wird von vielen unterschiedlichen Gruppen geführt und erreicht sowohl politische als auch sprachliche Veränderungen. Die Etikettierung dieser Akteur_innen als diktatorische Meinungsminderheit entspricht weniger den politischen Dynamiken als vielmehr dem Reflex einer rechtskonservativen Elite, die eigene Deutungshoheit zu verteidigen (vgl. Brillling 2011).

Das Recht auf Meinungsfreiheit ist verbunden mit anderen Rechten, zum Beispiel mit dem Recht auf Nichtdiskriminierung. Die Auseinandersetzung mit sensibler Sprache zielt nicht auf eine Beschränkung der Meinungsfreiheit oder administrative Sprachregelungen, sondern auf eine kritische Reflexion von Begriffen und Bezeichnungen sowie deren Effekten auf die gesellschaftliche Realität.

Vertreter_innen der ‚Neuen Rechten‘ beteiligen sich ebenso wie neonazistische Rechte und Rechtskonservative an der Strukturierung des Anti-PC-Diskurses und profitieren von der Etablierung dieses Kampfbegriffes im öffentlichen Diskurs. Eine Kritik am rechten wie am gesamtgesellschaftlichen Diskurs um ‚Political Correctness‘ gilt weniger der ‚Rettung‘ dieses Begriffes, sondern vielmehr der Aufmerksamkeit gegenüber der Diffamierung emanzipatorischer Ansätze zu bloßer ‚Sprachkorrektur‘ und der Platzierung extrem rechter Inhalte im demokratischen Gewand.

Weiterführende Literatur

- Auer, Katrin (2002): „Political Correctness“ – Ideologischer Code, Feindbild und Stigmawort der Rechten. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 03/2002. Online unter: <https://webapp.uibk.ac.at/ojs/index.php/OEZP/article/view/1096/791> (abgerufen am 12.07.2018).
- Diederichsen, Diedrich (1996): Politische Korrekturen. Köln.
- Erdl, Marc Fabian (2004): Die Legende von der Politischen Korrektheit. Zur Erfolgsgeschichte eines importierten Mythos. Bielefeld.
- Kemper, Andreas (2014): Sarrazins Correctness. Ideologie und Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen. Münster.

Anmerkung

- 1) Dieser Text ist ein geringfügig überarbeiteter Zweitabdruck des Eintrags „Political Correctness“ im „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe“, herausgegeben von Bente Gießelmann, Benjamin Kerst, Robin Richterich, Lenard Suermann und Fabian Virchow (2019). Das „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe“ zeigt, wie die extreme Rechte mit Begriffs(um)deutungen und Wortneuschöpfungen Bausteine ihrer Weltanschauung über die Sprache zu vermitteln und zu verankern versucht. Begriffe wie „Islamisierung“, „Kameradschaft“ oder „Schuldkult“ werden basierend auf Primärquellen in Bezug auf ihre aktuelle Verwendung, den Kontext, gesellschaftliche Anschlussfähigkeit sowie Kritik übersichtlich analysiert und erklärt. Das Handwörterbuch erschließt anhand von 27 zentralen Begriffen sowie einem Index mit Querverweisen das begriffliche Kontinuum der extremen Rechten und bietet eine Grundlage für die fundierte Auseinandersetzung damit. Für die zweite Auflage wurde es komplett überarbeitet und um mehrere Stichworte, wie z.B. „Identität“ oder „Lügenpresse“, ergänzt. Das Buch wendet sich insbesondere an Multiplikator_innen aus Schule, Medien, Sozialarbeit und Gewerkschaft. Der Band ist Ergebnis eines Kooperationsprojekts zwischen dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf.

Quellenverzeichnis

- AfD online (2018): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Online unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf (abgerufen am 17.05.2018).
- Blaue Narzisse (2010): Schüller, Johannes: Menschnen über uns. Artikel v. 18.12. Online unter: <http://www.blog-blaunenarzisse.de/2556/menschinnen-ueber-uns.html> (abgerufen am 23.03.2015; nicht mehr abrufbar).
- Breivik, Anders (2011): 2083. A European Declaration of Independence, London.
- COMPACT online 2018: o.Vf.: Der Krieg, der viele Väter hatte, Compact Geschichte. Kommentar zum Werbevideo. Beitrag v. 25.06. Online unter: <https://www.compact-online.de/der-krieg-der-viele-vaeter-hatte-compact-geschichte-video/> (abgerufen am 16.07.2018).
- Der Flügel (o.J.; ca. 2015): Fünf Grundsätze für Deutschland. Online unter: <https://www.derfluegel.de/fuenf-grundsaeetze-fuer-deutschland/> (abgerufen am 17.05.2018)
- DHV (2017): DHV wirbt für eine offene Debatten- und Streitkultur. Pressemitteilung v. 05.04. Online unter: https://www.hochschulverband.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=265&cHash=464dba123269f7fad520d316c1a5d58a#_ (abgerufen am 25.05.2018)
- DS 01/2015: o.Vf.: BRD-alltäglich. Kolumne, S.3.
- Handelsblatt online (2012): Krieger, Regina: Lukratives Buch. Wie Sarrazin Millionär wurde. Artikel v. 21.05. Online unter: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/it-medien/lukratives-buch-wie-sarrazin-millionaer-wurde/6647994.html> (abgerufen am 12.07.2018).

- JF 23/2004: Stein, Dieter: Künftig noch stärkerer Protest. Dokumentation: Dieter Stein über die Konsequenzen aus der Medienkampagne im „Fall Hohmann“, S. 12.
- JF 35/2004: Hohmann, Martin (Interview von Manuel Ochsenreiter/Carl Gustaf Ströhm jr./Moritz Schwarz): Ich will mir nicht anmaßen, ein so hartes Urteil zu fällen, S. 4.
- JF online (2009): Björn Schumacher im Interview mit Moritz Schwarz: „Warum nicht ein Tribunal von Dresden?“ Artikel v. 10.02. Online unter: <https://jungfreiheit.de/debatte/interview/2009/warum-nicht-ein-tribunal-von-dresden/> (abgerufen am 24.03.2015; nicht mehr abrufbar).
- JF online (2010): Wiesberg, Michael: Die Sprache des Vierten Reiches. Artikel v. 15.02. Online unter: <https://jungfreiheit.de/kolumne/2010/diesprache-des-vierten-reiches/> (abgerufen am 16.07.2018).
- JF online (2013): Mursula, Anni: „Political Correctness ist super“. Artikel v. 28.02. Online unter: <https://jungfreiheit.de/kolumne/2013/political-correctness-ist-super/> (abgerufen am 16.07.2018).
- JF online (2014): Paulwitz, Thomas: Gutmenschen mögen Genderdeutsch. Artikel v. 06.09. Online unter: <https://jungfreiheit.de/kolumne/2014/entwurf-fuer-sa-6-9-gutmenschen-moegen-genderdeutsch/> (abgerufen am 16.07.2018).
- JF online (2015): Schwarz, Moritz: „Dieses Buch ist ein patriotisches“. Interview mit Karlheinz Weißmann vom 08.10. Online unter: <https://jungfreiheit.de/debatte/interview/2015/dieses-buch-ist-ein-patriotisches/> (abgerufen am 04.07.2018).
- JF online (2018): Kürschner, Jörg: Ein Schlag gegen die Meinungsfreiheit. Artikel v. 02.01. Online unter: <https://jungfreiheit.de/debatte/kommentar/2018/ein-schlag-gegen-die-meinungsfreiheit/> (abgerufen am 04.07.2018).
- Pariser Erklärung (o.J.; ca. 2017): Die Pariser Erklärung. Ein Europa, wo(ran) wir glauben können. Online unter: <https://thetrueeurope.eu/die-pariser-erklarung/> (abgerufen am 04.07.2018).
- PI online o.J.: o.Vf.: Leitlinien. Gegen den Mainstream. Online unter: <http://www.pi-news.net/leitlinien/> (abgerufen am 12.07.2018).
- Piwords online (o.J.): Das politisch inkorrekte Wörterbuch. Online unter: <https://piwords.wordpress.com/> (abgerufen am 12.07.2018).
- Unzensuriert.at online (2014): o.Vf.: Extra Badezeiten für Geschlechtsverwirrte. Artikel v. 13.11. Online unter: <http://www.unzensuriert.at/content/0016493-Berlin-Extra-Badezeiten-f-r-Geschlechtsverwirrte> (abgerufen am 12.07.2018).
- Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München.
- Sarrazin, Thilo (2014): Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland. München.
- Schultze-Rhonhof, Gerd (2003): 1939. Der Krieg, der viele Väter hatte. Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg. München.
- Sellner, Martin (14.02.2017): Patriot Peer – Eine App für die schweigende Mehrheit. Online unter: https://www.youtube.com/watch?time_continue=3&v=88Ryh9Z1a4c (abgerufen am 16.07.2018). Minute 02:12-02:18.
- ZEIT online 2017: o.Vf.: Gauland provoziert mit Äußerung zur Nazizeit. Artikel v. 14.09. Online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/afd-alexander-gauland-nazi-zeit-neubewertung> (abgerufen am 16.07.2018).
- Zur Zeit (2016): Erich Körner-Lakatos: Die Politische Korrektheit – ein Auslaufmodell? 46/2016, S. 51.

Literatur

- Auer, Katrin (2002): „Political Correctness“ – Ideologischer Code, Feindbild und Stigmawort der Rechten. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 03/2002. Online unter: <http://www.oezp.at/pdfs/2002-3-04.pdf> (abgerufen am 16.07.2018).
- Auer, Katrin (2011): Political Correctness im Diskurs. In: migrazine 02/2011. Online unter: <http://www.migrazine.at/artikel/political-correctness-im-diskurs> (abgerufen am 16.07.2018).
- Brilling, Julia Caroline (2011): Political Correctness. In: Arndt, Susan/Ofuately-Alazard, Nadja (Hrsg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster, S. 496-505.
- Diederichsen, Diedrich (1996): Politische Korrekturen. Köln.

- Gießelmann, Bente/Kerst, Benjamin/Richterich, Robin/Suermann, Lenard/Virchow, Fabian (2019): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe. Schwalbach am Taunus.
- Hanisch, Astrid/Jäger, Margarete (2011): Das Stigma „Gutmensch“. In: DISS-Journal 22/2011. Online unter: <http://www.diss-duisburg.de/2011/11/dasstigma-gutmensch/> (abgerufen am 14.07.2018).
- Kemper, Andreas (2014): Sarrazins Correctness. Ideologie und Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen. Münster.
- Staas, Christian (2017): Political Correctness. Vom Medienphantom zum rechten Totschlagargument. Die sonderbare Geschichte der Political Correctness. Eine Analyse. In: DIE ZEIT 04/2017. Auch online unter: <https://www.zeit.de/2017/04/political-correctness-populismus-afd-zensur/komplettansicht> (abgerufen am 04.07.2018).